Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

Lieferketten

Der Krieg in der Ukraine zieht politisch und wirtschaftlich immer weitere Kreise. Die Welthandelsorganisation WTO geht davon aus, dass die Weltwirtschaft 2022 deutlich weniger wachsen wird als angenommen. Davon dürfte die im hohen Maße exportabhängige deutsche Industrie besonders stark betroffen werden. Der bereits rückläufige Auftragseingang bereitet den Unternehmen ebenso Kopfschmerzen wie die anhaltende Störung der internationalen Lieferketten, zunehmende Zahlungsausfälle sowie eklatante Preiserhöhungen bei Energie und Transport. Weiter verschärft wird die Gemengelage durch das Wiederaufflackern der Pandemie in China, dem größten Außenhandelspartner der Bundesrepublik. Im dortigen Finanz- und Wirtschaftszentrum Shanghai und in anderen Industriestädten legen rigide Lockdown-Maßnahmen die Produktion weitgehend lahm. Die Europäische Handelskammer in China schätzt, dass davon derzeit etwa 30 % des dortigen BIP und 26 % der Bevölkerung betroffen sind. All das wird nach aller Voraussicht zu weiteren Belastungen der Beschaffungsmärkte mit unabsehbaren Konsequenzen für die deutschen Importeure, Zwischenhändler und Verarbeiter führen.

Gas-Embargo?

Schon jetzt leidet die deutsche Wirtschaft unter den Kriegsfolgen wie kaum eine andere in Europa. Im Gegensatz zu den anderen großen Volkswirtschaften ist das deutsche BIP im vierten Quartal 2021 und im ersten Quartal 2022 weiter geschrumpft. Im März klagten bereits 80 % der vom ifo-Institut befragten Unternehmen über Engpässe und Beschaffungsprobleme. Gleichwohl rechnen die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute für 2022 (noch) mit einem Wirtschaftswachstum von 2,7 %. Zur Makulatur würde diese Prognose allerdings, falls die Gaslieferung aus Russland durch ein Embargo kurzfristig ausfallen würde. Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) erwartet in diesem Fall einen zweieinhalbjährigen Produktionsstillstand in weiten Bereichen. Diese Situation, die das Ende der Grundstoffproduktion in Deutschland bedeute, sei nicht mit Kurzarbeitergeld und Subventionen zu lösen. Es werde zu „massiven Auswirkungen auf die Beschäftigung mit zweieinhalb bis drei Millionen zusätzlichen Arbeitslosen" kommen. Das IW bezeichnet ein solches Embargo als „erheblichen Eingriff ins deutsche Geschäftsmodell". Kein anderes Land in der Welt würde vergleichbare Risiken eingehen.

Rekord-Inflation

Die Inflation in Deutschland ist im März auf den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung gesprungen. Die Verbraucherpreise lagen 7,3 % über dem Vorjahresmonat. Auslöser waren vorrangig die explodierenden Energiekosten. So stiegen die Preise für leichtes Heizöl um – sage und schreibe – 144 %, für Benzin um 47,4 % und für Erdgas um 41,8 %. Ohne den Kostentreiber Energie hätte die Inflationsrate im März „nur" bei 3,6 % gelegen. Auch in der Euro-Zone hat die Geldentwertung mit 7,5 % ein Rekordhoch markiert. Seit seiner Einführung hat der Euro noch nie zuvor eine derartige Inflationsrate erreicht. Vor diesem Hintergrund merkt Bundesbank-Präsident Joachim Nagel an: „Die Geldpolitik darf nicht die Gelegenheit verpassen, rechtzeitig gegenzusteuern." Adressat ist die EZB, die ihre eigentliche Aufgabe, die Preisstabilität, zunehmend aus den Augen verloren zu haben scheint. Als prototypisch für diese ideologisierte Grundhaltung, die sich vorrangig an den Interessen der europäischen Schuldenländer orientiert, steht die EZB-Direktorin Isabel Schnabel, die noch im November 2021 vollmundig verkündet hat, dass der Höhepunkt der Inflation erreicht sei. Wenige Wochen zuvor hatte sich die Finanzwissenschaftlerin noch in öffentlicher Medienschelte geübt, als sie die Inflation als „eher zu niedrig" einordnete und „unsachliche Kritik" an der von ihr verantworteten Geldpolitik zurückwies. Ein bekannter Ökonom hat diesen vom Realitätsverlust geprägten Vortrag als „eklatantes Beispiel für einen fachlichen Offenbarungseid der Sonderklasse" bezeichnet.

Im „Dämmerschlaf"?

Im „stabilitätspolitischen Dämmerschlaf" sieht Malte Fischer, Chefvolkswirt der „Wirtschaftswoche", die EZB. Obwohl die Inflation in einigen Euro-Ländern bereits zweistellig sei, wolle die Zentralbank offenbar weiter abwarten, wie sich die Preise und Konjunktur entwickeln, bevor sie über die Zinsen entscheide. Das zeige das Protokoll der EZB-Ratssitzung vom März, bei dem sich die „geldpolitischen Tauben" mit ihrer zaudernden Haltung durchgesetzt hätten. Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, dass den Frankfurter Notenbankern der Ukraine-Krieg als Ausrede für ihr ostentatives Nichtstun zupasskomme. Und das, obwohl sie per Gesetz verpflichtet seien, die Preise zu stabilisieren, nicht die Konjunktur. Setze die EZB ihren stabilitätspolitischen Dämmerschlaf fort, um den hoch verschuldeten Südländern weiter niedrige Finanzierungskosten zu sichern, dürfte der Zinsabstand zwischen Amerika und Euroland deutlich zunehmen und den Wechselkurs des Euro auf Talfahrt schicken. Das verteuere die Importe und beschleunige die Inflation auf dem Kontinent. Malte Fischer weiter: „Die flagrante Missachtung ihres gesetzlichen Auftrags durch die EZB ist nicht nur ein Ärgernis ersten Ranges für die um ihre Kaufkraft bangenden Bürger. Sie zerstört auch das Vertrauen in die Notenbank und den Euro, der unter der Ägide der von den Südländern dominierten EZB zur Lira des 21. Jahrhunderts zu werden droht." Und der Publizist Gabor Steingart bringt seine Sicht der Dinge so auf den Punkt: Die EZB nehme bei ihrer lockeren Geldpolitik billigend in Kauf, dass die Vermögen der Sparer dahinschmelzen – zum Wohle der Banken im Süden Europas.